

## EU sichert Betriebsrenten

**Altersversorgung** Arbeitnehmer können ihre Ansprüche auch in ein anderes Land mitnehmen.

Der gemeinsame EU-Arbeitsmarkt wird flexibler. Die EU-Arbeitsminister einigten sich nach Angaben aus der Bundesregierung am Donnerstag in Luxemburg darauf, dass Arbeitnehmer künftig Ansprüche aus Betriebsrenten mit in ein anderes EU-Land nehmen können. Die Einigung sieht vor, dass die dauerhaften Ansprüche bei vorhandenen Betriebsrenten entstehen, wenn die Beschäftigten mindestens drei Jahre in einem Unternehmen gearbeitet haben und dann Arbeit in einem anderen EU-Land aufnehmen. Der Beschluss hat auch Auswirkungen in Deutschland, wo die Mindestfrist für den dauerhaften Anspruch auf eine Betriebsrente bei fünf Jahren liegt. Die Frist dürfte aber mittelfristig bei der Umsetzung der EU-Gesetzgebung auch in Deutschland auf drei Jahre gesenkt werden. Arbeitnehmer können dann schneller in den Genuss eines Betriebsrenten-Anspruches.

Das von Deutschland in den EU-Verhandlungen vorgebrachte Argument für fünf Jahre war, dass Firmen Betriebsrenten oft als Instrument der Mitarbeiterbindung nutzen. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) begrüßte die Entscheidung dennoch. „Wir haben nun in Europa einen guten Kompromiss, der grenzüberschreitende Jobwechsel selbstverständlicher macht und trotzdem dem Unternehmen die notwendige Planungssicherheit bietet“, sagte die Ministerin. „In einem Europa der Freizügigkeit dürfen verlorene Rentenansprüche nicht zum Hemmschuh für Arbeitnehmermobilität werden.“ Betriebsrenten blieben auch weiter sowohl für Unternehmen wie Beschäftigte attraktiv. rtr

## Banken droht US-Klage

**Schweiz** Das Parlament lehnt den Steuerdeal ab. Die Regierung sucht nach einer Notlösung.

Nach dem Scheitern des Steuerabkommens zwischen der Schweiz und den USA beginnt für die Schweizer Banken eine Zitterpartie. Eine Reihe von Instituten muss befürchten, vom US-Justizministerium wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung vor Gericht gestellt zu werden. Das allein schon könnte ausreichen, um eine Bank in den Ruin zu treiben. US-Banken würden ihre Geschäftsbeziehungen kappen, befürchten Experten.

Das am Mittwochabend vom Berner Parlament verworfene Spezialgesetz, die „Lex USA“, hätte den Banken für ein Jahr erlaubt, was ihnen aus Datenschutzgründen und unter der Rubrik „Verbotene Handlungen für einen fremden Staat“ untersagt ist: Sie hätten auf das US-Justizministerium zugehen und ihre Geschäfte mit reichen Amerikanern offenlegen können. Das wäre zwar mit einer saftigen Buße verbunden gewesen - aber auch mit der Zusage der Amerikaner, auf eine Strafverfolgung zu verzichten. Das Angebot der Amerikaner gilt noch bis zum 1. Juli.

Nachdem es kein Gesetz gibt, will die Regierung die verfahren Situation mit einer Art Sammel-Ausnahmehenehmigung retten, die dann allerdings bis zum 1. Juli in Kraft treten müsste. Die Zeitung „Tages-Anzeiger“ zitierte am Donnerstag aus Regierungsdokumenten, wonach Banken „zur Wahrung ihrer Interessen“ bestimmte Daten - auch solche von Mitarbeitern und in US-Geschäfte verwickelte Anwälten und freiberuflichen Vermögensverwaltern - an die USA liefern könnten.

Auch die bisher untersagte Herausgabe von sogenannten „Leavers-Listen“, könnte die Regierung erlauben. Auf diesen Listen stehen die Namen von meist kleineren Banken, die amerikanische Steueränderungen eine vermeintlich sichere Zuflucht boten, nachdem sie von großen Banken wie der UBS vor die Tür gesetzt wurden. rtr



## Einzelhandel will keine schärferen Gesetze für Fabriken in Bangladesch

**Textilindustrie** Fabrikunglücke wie in Bangladesch lassen sich nach Ansicht der deutschen Handelsunternehmen nur durch einen Bewusstseinswandel in den Produktionsländern verhindern. Schärfere Gesetze seien nicht hilf-

reich, sagte der Präsident der Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels (AVE), Matthias Händle. Die nationalen Gesetze zu Arbeitsbedingungen und Produktionsstätten seien meist ausreichend. Sie würden je-

doch oft nicht beachtet. In Bangladesch waren am 24. April beim Einsturz einer Textilfabrik mehr als 1100 Menschen getötet worden. Unser Bild zeigt eine Textilfabrik in einem Vorort der Hauptstadt Dhaka. (dpa) Foto: dpa

## Autozulieferer bleiben unter Druck

**IG Metall-Tagung** Die Hersteller verhandeln knallhart. Sie können jedoch nicht alle Forderungen durchsetzen. Von Inge Nowak

Es geht rapide bergab: 70, 50, 20. Diese Zahlen drücken den Wertschöpfungsanteil der deutschen Autohersteller im Laufe der Jahre aus. Haben die Hersteller in den 1960er Jahren noch 70 Prozent der Arbeiten für die Herstellung eines Autos selbst gemacht, so ist dieser Anteil bis 2010 auf knapp 20 Prozent gesackt. Das bedeutet: 80 Prozent der Wertschöpfung werden mittlerweile von den Zulieferern übernommen. Und dieser Trend wird sich fortsetzen, sagt Hans-Rudolf Meißner von der Forschungsgemeinschaft für Außenwirtschaft, Struktur- und Technologiepolitik in Berlin voraus.

„Das Thema Kernfertigung steht permanent auf der Tagesordnung der Hersteller“, sagt der Autoexperte beim Automobilclub, der von der IG Metall Stuttgart veranstaltet wurde. Komponenten wie Batterien, Sonnenblenden und Kabelbäume würden mittlerweile komplett zugekauft, bei Sitzen und Armaturenbrettern würden mehr als 80 Prozent fremdbezogen.

Die zunehmende Verlagerung ist zunächst einmal positiv für die Zulieferer,

weil dies vielfältige Wachstumsmöglichkeiten bietet. Freilich bedeutet diese Entwicklung nicht, dass den Herstellern die Arbeit ausgeht. Im Gegenteil. Das Wachstum der Märkte und die zunehmende Komplexität eines Fahrzeugs haben auch ihre Werke in den vergangenen Jahren ausgelastet. Wer jetzt glaubt, dass die zunehmende Bedeutung den Zulieferern geholfen hätte ihren Einfluss auf die Hersteller etwa bei Preisverhandlungen zu steigern, der irrt. Das Geschäft scheint knallhart.

### AUTOLAND BADEN-WÜRTTEMBERG

**Hersteller** Wer kennt sie nicht: die Zulieferer Bosch, Mahle, Behr, Mann + Hummel, Allgaier, Eberspächer. Oder die Hersteller Daimler und Porsche. Baden-Württemberg ist Autoland, ein Schwerpunkt dabei ist die Region Stuttgart. Das Statistische Landesamt hat - nach früheren Angaben - 86 Unternehmen aus dem

Fahrzeugbau rund um Stuttgart gezählt.

**Anbieter** 86 Unternehmen klingt viel, ist aber viel zu wenig. Denn kleine und kleinste Betriebe werden von den Statistiken gar nicht erfasst. Und dann sind da noch Unternehmen, die anderen Branchen zugeordnet werden - wie der

Anlagenbauer Dürr (Lackieranlagen). Oder der Dienstleister Bertrandt (Entwicklung).

**Größe** Rechnet man alles zusammen, sind in der Region gut 180 000 Beschäftigte rund ums Auto tätig. Der Branchenumsatz lag 2010 bei 40 Milliarden Euro, steht im Strukturbericht der Region. StZ

Bevor das Auto überhaupt entwickelt, geschweige denn produziert wird, wird festgelegt, was es kosten darf, erläutert der Autoexperte. Sagenhafte 80 Prozent der Herstellkosten würden zu diesem ganz frühen Zeitpunkt bereits fixiert - und die Zulieferer hätten sich daran zu halten. Hinzu kommen die jährlichen Preissenkungsrunden für Teile bestehender Modellreihen. Nachlässe zwischen 2,5 und sieben Prozent pro Jahr fordern die Hersteller ein.

Hilflos ausgeliefert sind Bosch, ZF, Mahle & Co solchem Ansinnen freilich nicht. Es gibt Handlungsspielräume, so Meißner. Sein Beweis: Die Hersteller könnten nur rund 60 Prozent ihre Rabattwünsche umsetzen. Besonders entgegenkommend

scheint BMW zu sein: Bei seinen Zulieferern fordert der Münchner Zulieferer 4,2 Prozent, durchgesetzt hat er gerade mal zwei Prozent, hat der Stuttgarter Unternehmensberater Andreas Fein errechnet. Opel scheint weniger kompromissbereit: Gefordert hat die deutsche Tochter es US-Konzerns 2012 sieben Prozent und dann 5,6 Prozent bekommen. Übrigens: Die großen Autobauer scheinen ihre Zulieferer auch nicht gerade mit Samthandschuhen anzufassen: 7,1 Prozent - damit der Spitzenwert - wollten sie als Preiszugeständnis ihren Zulieferern abringen. Diese Zahl ist allerdings schon von 2008.

Rabatte sind freilich nicht einzigen „Wünsche“, die Hersteller haben: Verlängerung von Garantiefreisten, Ausweitung von Zahlungszielen oder Zwangsvereinbarung von Entwicklungsergebnissen sind anscheinend gängige Forderungen. „Die Zeiten einer vertrauensvollen Zusammenarbeit sind vorbei“, urteilt Meißner.

Innovationen helfen einem Zulieferer in der stetigen Auseinandersetzung. Auch da haben Hersteller vorgebaut: „Es gibt so gut wie keinen Monopolisten unter den Zulieferern“, sagt der Berliner Autoexperte. Wenn ein Zulieferer zu mächtig wurde, hätten die Hersteller gezielt einen Konkurrenten gefördert, erläutert der Autoexperte.

## Arbeitsrichter entscheiden gegen EnBW

**Betriebsrente** Erneut klagen 32 Mitarbeiter erfolgreich gegen gekürzte Rentenansprüche. Weitere Fälle stehen an. Von Andreas Geldner

Im Streit um Betriebsrenten von Mitarbeitern, deren Arbeitsverhältnisse bei den Vorläuferunternehmen Technische Werke Stuttgart (TWS), Neckarwerke Stuttgart (NWS) und Energieversorgung Schwaben (EVS) begonnen haben, hat der Energieversorger EnBW vor dem Landesarbeitsgericht Stuttgart erneut eine Niederlage erlitten. 32 Mitarbeiter haben in zweiter Instanz erfolgreich dagegen geklagt, dass ihnen der damals in den roten Zahlen steckende Energiekonzern EnBW im Rahmen eines Sparprogramms im Jahr 2003 die Rentenansprüche kürzte, die von den früheren Arbeitgebern eingeräumt worden waren. Für die Betroffenen bedeutete das Rentenkürzungen zwischen 700 und 1400 Euro im Monat.

Im Januar diesen Jahres hatte das Landesarbeitsgericht in fünf Fällen, welche die NWS betrafen, analoge Urteile gefällt. Im Oktober 2011 hatte das Gericht bereits in 36

Fällen den Arbeitnehmern Recht gegeben. „Es haben jetzt bereits acht verschiedene Kammern des Landesarbeitsgerichts Stuttgart mit ihren Entscheidungen zu Gunsten der Arbeitnehmer die ungerechtfertigte Benachteiligung der Rentner korrigiert“, sagte der Stuttgarter Fachanwalt für Arbeitsrecht Uwe Melzer, der die Mitarbeiter vertreten hat. Die Urteilsbegründungen liegen noch nicht vor, aber der Vertrauensschutz spielt eine zentrale Rolle. Mitarbeiter hätten wegen der Rentenzusage ihres Arbeitgebers über Jahre niedrigere Löhne in Kauf genommen, sagte Melzer. Einigen Arbeitnehmern war mit 75 Prozent ihres letzten Gehalts eine beamtenähnliche Versorgung versprochen worden.

Die EnBW hatte die Kürzung mit der damaligen wirtschaftlichen Notlage des Unternehmens begründet. In einer 2004 abgeschlossenen Betriebsvereinbarung hatte der Energieversorger vorgesehen,

dass Kürzungen bei der gesetzlichen Rente nicht mehr durch eine höhere Betriebsrente ausgeglichen würden. Zulagen sollten bei deren Berechnung nur noch eingeschränkt berücksichtigt werden. „Sobald uns die Urteilsbegründungen schriftlich vorliegen, befassen wir uns gemeinsam mit unseren juristischen Beratern und entscheiden über das weitere Vorgehen“, erklärte am Donnerstag die EnBW.

Die Erfolgsaussichten für weitere Klagen aus dem Kreis der rund 4000 Betroffenen sind mit den jüngsten Urteilen weiter gewachsen. In zehn der 32 aktuellen Fälle, in denen ein im Januar 2013 ergangener Grundsatzbeschluss des Bundesarbeitsgerichts berücksichtigt wurde, ist keine Revision zugelassen und ein weiterer Instanzenweg unwahrscheinlich. In den übrigen Fällen hat die EnBW Revision beim Bundesarbeitsgericht eingelegt. Schon Anfang Juli stehen vor dem Arbeitsgericht Stuttgart in erster Instanz Verhandlungen in weiteren acht Fällen an. Da es keine Musterverfahren gibt, muss jeder Fall einzeln verhandelt werden. Auch Mitarbeiter, die bereits in Rente sind, können noch klagen.

### Luftfahrtmesse

## Airbus schlägt Boeing knapp

Der europäische Flugzeugbauer Airbus hat im Wettkampf um Aufträge auf der Luftfahrtschau im französischen Le Bourget den Erzrivalen Boeing knapp bezwungen. Die EADS-Tochter sammelte Aufträge und Optionen für 446 Flugzeuge mit einem Listenpreis von 68,7 Milliarden Dollar, wie das Unternehmen mitteilte. Boeing kam auf 442 fest bestellte und vorreservierte Maschinen im Wert von 66 Milliarden Dollar. Die beiden größten Jetbauer der Welt lieferten sich vor allem mit ihren Langstreckenmodellen ein Duell. Nur wenige Tage vor dem Branchentreffen hatte Airbus die neue A350 zum Jungfernflug geschickt. Boeing kündigte in Le Bourget eine längere Variante seines Dreamliners (787-10) mit kürzerer Reichweite an und präsentierte gleich fünf Kunden für den Flieger. Die Europäer konterten: Um die Kosten im Mittelstreckenverkehr mit dem neuen Airbus-Modell A350 für die Fluglinien zu drosseln, soll der Jet mit schwächeren Rolls-Royce-Turbinen ausgestattet werden und direkt gegen die 787-10 antreten. rtr

### Impressum

Stuttgarter Zeitung  
Verlagsgesellschaft mbH  
Plieninger Str. 150, 70567 Stuttgart  
Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart

**Redaktion:**  
**Chefredakteur:** Joachim Dorfs  
**Stellvertretender Chefredakteur:**  
Michael Maurer  
**Mitglieder der Redaktion:**  
Rainer Pörtner, Matthias Schmidt,  
Achim Wörner  
**Chefvom Dienst:**  
Matthias Schmidt  
**Art Director:** Dirk Steining

**Ressortleiter:**  
Politik: Rainer Pörtner; Die Dritte  
Seite: Dieter Fuchs; Landespolitik/  
Baden-Württemberg: Thomas  
Breining; Gesellschaft: Julia Schröder;  
Wirtschaft: Michael Heller;  
Wissenschaft: Dr. Alexander Mäder;  
Stadt Stuttgart: Holger Gayer;  
Region Stuttgart: Achim  
Wörner; Kultur: Peter Stollerfoht;  
Redaktionelle Koordination: Michael  
Maurer; Online: Tobias Köhler  
**Berliner Redaktion:** Armin Käfer

**Leitende Redakteure:**  
Thomas Durchdenwald (Stuttgart  
und Region), Dr. Stefan Geiger  
(Politischer Korrespondent), Andreas  
Müller (Investigative Recherche)  
Reiner Ruf (Landespolitik)  
**Anzeigen und Sonderthemen:**  
Stuttgarter Zeitung  
Werbemarketing GmbH  
Plieninger Str. 150, 70567 Stuttgart  
Postanschrift:  
Anzeigenabteilung; Postfach  
10 44 26, 70039 Stuttgart  
Chiffrezuschriften; Postfach  
10 44 27, 70039 Stuttgart

Sonderthemen: Postfach 10 44 21,  
70039 Stuttgart  
Anzeigenleitung: Bernhard H. Reese,  
Anita Benesch (stv.)  
Sonderthemen: Ulrich Betscheider-  
Kieser (Redaktion), Werner  
Swoboda (Anzeigen)  
Es gilt die Anzeigenpreisliste  
Nr. 40 vom 1. 1. 2013.  
**Druck:**  
Pressehaus Stuttgart Druck GmbH,  
Plieninger Str. 150, 70567 Stuttgart,  
Postfach 10 38 23, 70033 Stuttgart  
Wir verwenden Recycling-Papier und

sind nach DIN EN ISO 14001:2005  
zertifiziert.  
**Leserservice:** Stuttgarter Zeitung  
Verlagsgesellschaft mbH,  
Postfach 10 43 54, 70038 Stuttgart  
Monatlicher Bezugspreis frei Haus  
durch Zusteller oder bei Postzustel-  
lung 33,90 Euro (einschl. 7% MwSt.).  
Portokosten für Reisesendungen  
täglich: Inland 0,80 Euro, Aus-  
land ab 1,90 Euro. Abbestellungen  
sind bis zum 5. eines Monats auf

Monatsende schriftlich an den  
Leserservice des Verlags zu richten.  
Bei einer zusammenhängenden  
Bezugsunterbrechung von drei  
Wochen wird der anteilige Bezugs-  
preis zurückerstattet. Bei Abbestel-  
lung eines Abonnements ist eine  
Gutschrift der anteiligen Abonne-  
mentgebühren für eine Lieferunter-  
brechung während des Laufs der  
Abbestellfrist nicht möglich. Bei  
Nichterscheinen infolge höherer  
Gewalt, Streik oder Aussperrung  
besteht kein Anspruch auf Entschä-  
digung.

Jeder Freitagsausgabe - bei Feier-  
tagen abweichend - liegt das Fern-  
sehemagazin „rtv“ bei.  
Sonntags wird Abonnenten im  
Hauptverbreitungsgebiet die  
7. Ausgabe „Sonntag Aktuell“  
zugestellt. Bei Postbezieher liegt  
„Sonntag Aktuell“ der Montags-  
ausgabe bei.  
Die Stuttgarter Zeitung ist  
amtliches Publikationsorgan  
der Baden-Württembergischen  
Wertpapierbörse.

Zur Druckkontrolle

